

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 8/49. Jahrgang

August 2018

Schutzgebühr: 0,40 €

Hausbesetzung in Gießen: Signal gegen Wohnungsnot

Am 13. Juli wurde das Haus in der Ostanlage 29/31 im Anschluss an eine Demo gegen die Wohnungsnot in Gießen von sechsjüngeren Menschen besetzt. Sie wollten damit gegen den jahrelangen Leerstand protestieren, aber auch mit dem Hausbesitzer über einen Mietvertrag verhandeln. Dieses Gebäude ist nur eines von etwa 40, die in Gießen zweckentfremdet – oft zu Spekulationszwecken – nicht als Wohnraum genutzt werden. Es ist das Verdienst dieser Demo und dieser „Hausbesetzer“, auf diesen Skandal aufmerksam gemacht zu haben. Dass die Polizei sofort im Großeinsatz in

voller Montur mit Hunden und Schilden nach wenigen Stunden das Haus



räumte, war von den heutigen Gießener Ordnungshütern nicht anders zu

erwarten. Bei früheren Hausbesetzungen – die letzten waren 1991 in der Marburger Straße sowie das Gebäude Samenbahn (Shobeyri) Bahnhofstraße – war das nicht so. Offenbar hat der Magistrat keine Hemmungen, auch hier zu zeigen, auf welcher Seite er steht und gab einen Vorgesmack auf kommende soziale Auseinandersetzungen. Etwa 3.000 Wohnungen fehlen in Gießen. Diese Zahlen sind bekannt und werden stillschweigend hingenommen. Die Stadt tut nichts. Sie verwaltet den Mangel und treibt damit im Interesse der „Investoren“ die Mieten hoch.

Sie (bzw. die Wohnbau) baut (fast) keine Sozialwohnungen:

(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt:

NSU-Prozess: kein Versagen... S.2
Kassen-Durchstich/Sonntagsöffnung S.3
Klinikenkämpfen/Jobcenters Weisheit S.4

Rüstung runter/Büchel dicht S.5
Geschichte der DKP Gießen (Teil 5) S.6
Eritrea-Festival/EU-Einwanderung S.7
Termine/Die schwarze Null für Arme S.8



DKP-Plakat aus den 70er Jahren

Für Frieden und Sozialismus!



NSU-Prozess: Kein Versagen, sondern Kalkül

Lebenslänglich für Zschäpe – da scheint Genugtuung aufzukommen. Aber die anderen NSU-Angeklagten kamen glimpflich davon und der Waffenbeschaffer Ralf Wohlleben, wegen Beihilfe zum Mord zu zehn Jahren verurteilt, ist schon wieder frei – auch er mit Kontakten zum Verfassungsschutz.

In den fünf Verhandlungsjahren ist es dem Gericht und den „Ermittlern“ gelungen, die Hintergründe nicht aufzudecken und die Hintermänner zu schützen. Durch das Vertuschen der „Selbstmorde“ von Böhnhardt und Mundlos, durch das massenhafte „versehentliche“ Schreddern von Akten, durch amtliches Aussageverbot von Politikern (Bouffier z.B. ließ die Akten für 130 (!) Jahre sperren) und nicht zuletzt durch den plötzlichen

Tod von neun (!) Zeugen ist es gelungen, die Rolle des Staates und des Verfassungsschutzes bei diesen Morden zu verschleiern. – Ein „Selbstmord“ von Zschäpe wäre übrigens wenig überraschend.

Das hat Methode. Erinnerung sei an die erste Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts zum NPD-Verbot: Die Richter sahen sich außerstande, ein Urteil zu fällen, weil zu viele V-Leute in NPD-Funktionen saßen und nicht geklärt werden konnte, wer welche rassistische oder antisemitische Hetze begangen hat. (Inzwischen sollen die von V-Leuten begangenen rechten Delikte straffrei sein.)

Erinnert sei auch an den Fall Amri, der den Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt begangen hat und in Italien erschossen worden ist. Er hatte

Buchtipp zum Thema: Wolfgang Schorlau: Die schützende Hand

Georg Dengler ermittelt in einem geheimen Auftrag im Fall der NSU Terroristen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, die sich selbst getötet haben sollen. Möglicherweise wurden sie jedoch im Auftrag des Verfassungsschutzes ermordet. Kiepenheuer und Witsch, Paperback., 14,99 Euro

vorher stundenlange Fahrten mit V-Leuten unternommen, die von seinen Plänen wussten und es „versäumt“ hatten, ihn rechtzeitig festzunehmen oder abzuschleppen. Ähnlich verhält es sich auch mit anderen Terroristen. Die eingerichteten Untersuchungsausschüsse ermitteln oft jahrelang, können aber aufgrund fehlender Akten (die vernichtet wurden oder „geheim“ sind) und kompletter behördlicher Verweigerung zur Zusammenarbeit wenig ausrichten.

Das Urteil im NSU-Prozess ist auch ein weiterer Schlag gegen die Angehörigen der Opfer, die miterleben mussten, dass es Ziel der seit 2011 geführten Ermittlungen als auch der Gerichtsverhandlung war, die Hintergründe der Ermordung zu verbergen. Oder wie in der „jungen Welt“ vom 19.7. steht: „Denn das alles ist kein Versagen, es ist eiskaltes Kalkül: Staatsschutz. *In der verkehrten Welt der Ausbeuter befehlen die Killer der Polizei.*“ (Peter Hacks) Erika Beltz



Unsere Schnüffler und die NSU-Kacke

Hausbesetzung

(Fortsetzung von Seite 1)

Vor 30 Jahren gab es in Gießen 70.000 Einwohner und knapp 10.000 Sozialwohnungen. Heute hat Gießen 85.000 Einwohner und nur noch 7.000 „Sozialwohnungen“ im Besitz der Wohnbau, die diesen Namen aber nicht verdienen, weil davon nur weniger als 2.000 preisgebunden sind.

Das Wohnungsbauprogramm ist völlig unzureichend. Die Möglichkeit, die Bauherren zu einer Sozialquote von mindestens 30% zu verpflichten, wird nicht wahrgenommen.

Es gibt kein Verbot der Wohnraumzweckentfremdung, den Spekulanten

wird freie Hand gelassen. Auch dieses Objekt wäre längst von der THM übernommen, wenn der Eigentümer von seinen Preisforderungen etwas abgerückt wäre - Profitmacherei eben.

Es ist den Herrschenden seit Schröders Agenda 2010 gelungen, ihre menschenverachtende Politik ohne nennenswerten Widerstand durchzusetzen mit den bekannten Folgen:

Wohnungsnot, Alters- und Kinderarmut, Pflegenotstand, Klimakatastrophe... und deutsche Kriege. Es gilt aufzuwachen - bevor es zu spät ist! Erika Beltz

**MACHT AUF,
VERDAMMTE DIESER
ERDE...**



Gießener Polizei in Aktion

Ein „Durchstich“ in die Gießener Haushaltskasse

Ein Loch in einer Bahntrasse ist keine große Baukunst und nicht der Rede wert – abgesehen für die politischen Selbstdarsteller vor einer Landtagswahl. Wenn nicht die Gier nach Profiten zum Griff in die Kasse der Steuerzahler führen würde. Die Umverteilung der Gelder von öffentlich nach privat, zu Baukonzernen und Bahn AG, muss mit Tricks vorbereitet werden: Ein billiger Kostenvoranschlag des Magistrats, den die Abgeordneten nicht zurückweisen können. Dann werden Tatsachen geschaffen, es wird gebaut. Die Anwohner müssen monatelang Baubetrieb ertragen - der Pächter des „Boots- haus“ Umsatz einbußen. Der Bootshausweg, für die Landesgartenschau 2014 mit Pflastersteinen aufgehübscht, hielt dem planmäßigen Bauverkehr nicht stand. Kostensteigerung! Als nächster Schritt: Überraschung der grünen Bürgermeisterin Weigel-Greulich: „Die Baukosten haben sich um 600.000 Euro verteuert!“. Dann ihre 500.000-

Euro-Verwechslung von Brutto und Netto. Die Abgeordneten jedoch sind in der Mehrheit gehorsam und stimmen ei-

-das zweite Landesgartenschau-Projekt, das massiv teurer wurde. Und eine umfassende Endabrechnung der Landesgartenschau 2014, die damit auch um eine halbe Million teurer geworden ist, steht immer noch aus.



Protest während der Eröffnung. Wie der nur 4 m breite Durchstich für Autos (in einer Richtung), Radfahrer und Fußgänger nutzbar sein wird, das muss sich noch erweisen.

In 46 Fragen greift Michael Janitzki, im Stadtparlament für die „Gießener Linke“, detailliert alle Ungeheimheiten auf und fordert Rechenschaft.

Sollte es sich als absichtsvolles Hintergehen der Stadtverordnetenversammlung heraus stellen oder als völlige Inkompetenz der Gießener politischen Führung – die Gießener lassen sich die Plünderung ihrer Stadtkasse nicht gefallen. Bei der Eröffnung des Bauwerks wurden die Honoratioren mit Transparenten und Schildern empfangen: „Mahnmal an Gießener Misswirtschaft“, das „5-Millionen-Grab“ und an die wonnetrunken schwärmende Bürgermeisterin gerichtet: „Unsere Brutto-Netto-Rechenkünstlerin“.

M. Berger

ner außerplanmäßigen Kostenerhöhung zu. Und zusätzlich aus der Stadtkasse noch 800.000 Euro an die Bahn AG für Bauunterhaltung. Und das alles für ein nun kleiner ausgefallenes Projekt



Ein Antrag der AfD sorgt für Verwirrung: Der Magistrat soll auf drei Mitglieder reduziert werden. Begründung: Die Kosten dieser Amtszeit entsprechen in etwa dem des teurer gewordenen Durchstichs. Aufregung in der Koalition: Ihr müsst die Gerda wählen, sonst verlieren wir unser Gesicht. Vorschlag zur Bekämpfung der AfD: Wir wählen einen Linken.

Stadtfest 2018: Handel will am Sonntag öffnen
 Erstmals soll am Gießener Stadtfest (17. bis 19. August) ein verkaufsoffener Sonntag stattfinden. So will es der Gießener Einzelhandel und wagt sich damit mitten im Sommer auf dünnes Eis. Denn nicht nur die Innenstadt (innerhalb Anlagenring) soll öffnen, sondern auch das Gewerbegebiet Schifftenberger Tal mit Sommerlad. Aber schon im Frühjahr dieses Jahres hatte der Magistrat bei „Sport in der City“ nach Bedenken der Allianz für den freien Sonntag eine Öffnung dort nicht gestattet, um die gesamte Sonntagsöffnung nicht zu gefährden. Bleibt zu hoffen, dass der Magistrat auch jetzt weise entscheidet... Denn: 2016 (Liebigs Suppenfest) hatte die Allianz geklagt und die Sonntagsöffnung war vom Tisch; nicht zuletzt auch deswegen, weil die Gerichte keinen Zusammenhang mit den paar Suppenständen in der Innenstadt und den Gewerbegebieten sahen. Helmut Appel



In Klinik für Klinik weiter kämpfen!

Vor etwa 15 Jahren wurde die Finanzierung der Behandlung in Krankenhäusern von Tagessätzen auf Fallpauschalen umgestellt. Die Bezahlung richtet sich seitdem nach der Diagnose, nicht nach dem individuellen Pflegebedarf. Seitdem können Kliniken Gewinne machen – mit möglichst vielen Patienten mit hohen Fallpauschalen, möglichst kurzen Liegezeiten und wenig Personal. Die Privatisierung von Krankenhäusern wurde für Anleger lukrativ. Dieses Geschäftsmodell klappte einige Jahre reibungslos, die Betreiber setzten auf das besondere Pflichtbewusstsein ihres Personals. Irgendwann aber war die ständig steigende Arbeitsbelastung den Pflegenden zu viel, sie setzten sich zur Wehr. Anfangs nur in einigen besonders großen Kliniken wie der Berliner Charité, nach und nach breitete sich der Widerstand aus, auch auf das Uniklinikum Gießen-Marburg, das bekanntlich seit 12 Jahren dem Rhön-Klinik-Konzern gehört.

In diesem Jahr haben sich die Bündnisse für mehr Personal bundesweit vernetzt. Der auch mit Streiks verbundenen Protest blieb nicht ohne Erfolg,

in mehreren Fällen, auch am hiesigen Uniklinikum, wurden leichte Verbesserungen durchgesetzt. Auch die Politik musste reagieren. Im vergangenen Jahr wurde ins Sozialgesetzbuch ein Paragraph eingeführt, der zumindest für pflegeintensive Bereiche eine Personaluntergrenze vorsieht. Auf diese Untergrenzen sollen sich die gesetzlichen Krankenkassen und die Klinikbetreiber einigen. Damit wurde der Bock zum Gärtner gemacht. Die Krankenkassen wollen möglichst wenig Geld ausgeben, die Betreiber wollen Profit.

Die bisher bekannt geworden Verhandlungsergebnisse sind entsprechend schlecht. Als Maßstab sollen die Häuser mit der geringsten Personalausstattung dienen – sie zeigen ja, mit wie wenig Leuten es gerade noch geht. Außerdem sollen diese Untergrenzen nicht für jeden Tag gelten, sondern für den Monatsdurchschnitt. Die Betroffenen sind mit Recht empört. Sie fordern, dass die Untergrenzen für alle Bereiche gelten und nach wissenschaftlichen Methoden bei Mitwirkung des Personals bestimmt werden. Außerdem sollen sie für jede Schicht gelten. Wirkliche Verbesse-

rungen wird es nur geben, wenn in Klinik für Klinik weiter gekämpft wird. Dafür braucht es natürlich Unterstützung – von der zuständigen Gewerkschaft ver.di, den anderen Gewerkschaften und in der Bevölkerung. In vielen Städten gibt es schon breite Bündnisse für mehr Personal. Langfristig müsste erreicht werden, dass alle Krankenhäuser wieder in die Verantwortung der öffentlichen Hand übergehen und die Länder entsprechend dem Krankenhausgesetz wieder die vollen Kosten für Investitionen übernehmen. Gernot Linhart



Unglaublich, aber wahr! Die grenzenlose Weisheit des Jobcenters

Wie es sich gehört, hat ein Hartz-IV-Empfänger den Verrechnungsscheck seines Gashändlers über zu viel bezahlte Heizkosten im April an das Jobcenter weitergeleitet. Er konnte aber nicht mit dessen maßloser Beschränktheit rechnen.

Denn am 4.7.18 erhielt er folgendes Schreiben: „Der Verrechnungsscheck liegt uns im Original leider nicht mehr vor. Eingescannte Unterlagen werden... nach 6 Wochen vernichtet. Dass Sie ein Original eingereicht hatten, wurde hier erst nach Ablauf dieser Frist bekannt.“ Und dann folgende lapidare Frechheit: „Die Einzahlung auf unser Konto leisten Sie bitte unter Angabe des folgenden Verwendungszweckes auf...“ – ohne Kommentar, geschweige denn Entschuldigung.

Die Antwort des Betroffenen: „...Möge doch bitte das Jobcenter Gießen sich mit meinem Gasversorger in Verbindung setzen und... ihn dazu bewegen, mir oder dem Jobcenter erneut einen Scheck auszustellen, da ich nicht weiß, wie oder ob ich erklären kann, dass das Jobcenter in seiner grenzenlosen Weisheit den Originalscheck in einem Aktenvernichter geschreddert und vernichtet hat...“ Nicht nur dieser Irrsinn des Jobcenters hat Methode. Auf die Fortsetzung der Geschichte darf man gespannt sein.



Rüstung runter – Sozialausgaben rauf

Die herrschende Politik scherte sich bei uns in Lebensfragen schon nicht um den Willen der Mehrheit des Volkes. So war es bei der Schaffung einer westdeutschen Armee von Anfang an. Bundeskanzler Adenauer schreibt in seinen Memoiren: „Ein deutscher Beitrag zu einer Verteidigungsarmee war in der Bundesrepublik ausgesprochen unpopulär. Die innere Haltung des deutschen Volkes machte mir sehr große Sorgen.“

In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid in Bielefeld im Jahre 1950 antworteten 74,6 Prozent der Befragten mit Nein auf die Frage: „Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden, oder dass Ihr Sohn oder Ihr Mann (an Frauen

als Soldaten war damals noch nicht gedacht) wieder Soldat würden?“ Adenauer griff zunächst zur Lüge. Als sein Interview mit der amerikanischen Zeitung „Cleveland Plain Dealer“ bekannt wurde, worin er deutsche Soldaten für eine westliche Streitmacht anbot, und ihm im Bundestag der KPD-Vorsitzende Max Reimann fünf diesbezüglichen Fragen stellte, antwortete Adenauer mit einem fünffachen „Nein!“

Es war eine fünffache Lüge. Schon immer lehnten sich viele Menschen in Deutschland gegen Hochrüstung auf: „Ohne mich“ - Bewegung, Aktion „Kampf dem Atomtod“, Ostermärsche für Abrüstung. Man versuchte uns weiszumachen, die Bundeswehr diene nur dazu, dass nie wieder ein Schuss falle. Das kann man schon

lange nicht mehr erzählen. Helmut Schmidt erfand Mitte der Siebzigerjahre eine westdeutsche „Raketenlücke“, die uns Pershing II und Marschflugkörper einbrachte und bei Gießen eine Raketenstellung in Nähe der „Hohen Warte“ besetzte. 500.000 Menschen zogen im Protestmarsch nach Bonn.

Entgegen unserer Verfassung fallen längst Schüsse im Kosovo, in Afghanistan, in Afrika. Ohne UN-Mandat führte die Bundeswehr völkerrechtswidrig Krieg gegen Jugoslawien.

Beim Bundeswehr-Neujahrsempfang 2001 in der damaligen Gießener Bergkaserne sagte es Oberst Schopf klar heraus: Die Doktrin der Kriegsverhinderung sei veraltet. Es müsse die Bereitschaft geschaffen werden, „not-



Abrüsten statt Aufrüsten!

Menschen mit Vernunft haben sich jetzt zu einem Appell für Frieden und Abrüstung zusammengetan: „Abrüsten statt Aufrüsten!“ Erstunterzeichner sind unter anderem Frank Bsirske, ver.di-Vorsitzender, Margot Käßmann, Theologin, Katja Kipping, MdB DIE LINKE, die Musiker Wolfgang Niedecken (BAP), Udo Lindenberg und Konstantin Wecker, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin a. D. Viele tausend Unterschriften müssen zusammenkommen! Also, mach mit! K. M. online: www.abruesten.jetzt.de

falls“ ein anderes Land anzugreifen. Die Politik des Gewaltverzichts habe ausgedient. Nebenbei, die damals anwesenden Gießener Honoratioren fanden da offensichtlich nichts dabei. Bundespräsident Köhler fügte später noch hinzu, dass Bundeswehreinräte auch der Durchsetzung deutscher Wirtschaftsinteressen dienen sollten. Das alles kostete und kostet viel Geld, sehr viel Geld. Und daher soll der Wehretat jetzt von 37 auf 75 Milliarden erhöht werden. Das würde bedeuten, dass die Ausgaben für Soziales drastisch gekürzt würden. Es fehlt das Geld für Wissenschaft und Bildung, Gesundheit und Pflege. Wie unter Adenauer wird heute wieder die Karte der russischen Bedrohung ausgespielt: Schon damals wollten angeblich die Kosaken ihre Pferde im Rhein tränken. Allerdings ist es die NATO, die sich inzwischen überall an die russischen Grenzen herangeschoben hat. Klaus Mewes



Über 50 Mitglieder der DKP, unterstützt durch Friedensfreunde aus dem In- und Ausland, haben am 20. Juli den Fliegerhorst Büchel in der Eifel ab 5.45 Uhr an drei Eingängen blockiert. Auch zwei Mitglieder aus Gießen waren dabei. Diese Aktion des zivilen Ungehorsams richtete sich gegen die Stationierung von 20 US-Atomwaffen im Rahmen der NATO-Nuklearstrategie, die sich zusammen mit dem militärischen Aufmarsch der NATO in Osteuropa klar gegen Russland richtet. Diese Atomwaffen sind Teil einer wachsenden Kriegsgefahr, die die gesamte Menschheit bedroht.

50 Jahre DKP: Geschichte der DKP Gießen (Teil 5)

Mitte der 90er Jahre hatten wir uns in die neuen Kampfbedingungen eingefügt und Diskussionsbedarf. Das Spektrum der Referenten, die wir zu öffentlichen Veranstaltungen einluden, ist breit (s. Liste unten).

1997 standen Kommunalwahlen an, früh bemühten wir uns um ein Bündnis verschiedener linker Kräfte, auch um ehemalige Mitstreiter der Friedensliste – ohne jegliche Resonanz. Also wählten wir unsere ansehnliche Liste mit 12 Kandidaten: Michael Beltz, Helmut Appel, Nora Hantsch, Henning Mächerle, Gernot Linhart, Erika Beltz, Michael Hühn, Rolf Schleyer, Frank Pohlmann, Lothar Kieslich, Anton Kaiser und Ria Deeg. Danach erfuhren wir von einer PDS-Liste bestehend aus Michael Janitzki, Gunter Geis und Klaus Michalak. Das Ergebnis: DKP (0,4%) und PDS (1,7%) erhielten zusammen weniger Stimmen als bei den Bundestagswahlen, wo wir gemeinsam Wahlkampf geführt hatten – und keiner bekam einen Sitz im Parlament.

Bereits im folgenden Jahr waren Bundestagswahlen. „Kohl muss weg“ war die weit verbreitete Losung nach 16 schändlichen Kanzler-Jahren und verdorrten (statt blühenden) Landschaften. Die DKP Gießen hielt sich lieber an die nüchterne Aussage: *Ob Kohl, ob Schröder, ganz egal, in Deutschland herrscht das Kapital!* Wie recht wir hatten, zeigte sich bald. Es gelang Schröder mit den Grünen (J. Fischer) nicht nur die Friedensbewegung zu paralisieren, sondern auch den DGB bei Fuß zu halten, der gegen den SPD-Kanzler nicht aufmuckte.

Nur kurz im Amt führte er 1999 den ersten völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien (was er inzwischen auch zugegeben hat), und er stürzte Millionen Menschen mit der Agenda 2010 und Hartz IV in die Armut. Beides hätte

sich ein CDU-Kanzler Kohl nicht leisten können. Die SPD schwieg und die Grünen heuchelten „innere Zerrissen-



heit“. Lobenswert ist hervorzuheben, dass die damalige grüne Bürgermeisterin Karin Hagemann öffentlich gegen den Jugoslawienkrieg auftrat – so etwas liegt der jetzigen mehr als fern.

Die Menschen sollten sich wieder an deutsche Kriege gewöhnen. In diesem Sinne forderte Oberst Schopf beim Neujahrsempfang am 26. 1. 2001 in der Bergkaserne, dass die Bundeswehr künftig Angriffskriege „auch ohne legitimierenden Beschluss der Vereinten Nationen“ führen müsse.

Die DKP Gießen stellte Strafanzeige gegen Schopf nach § 80a StGB („Aufstacheln zum Angriffskrieg“, Freiheitsstrafe drei Monate bis zu fünf Jahren). Daraufhin teilte uns der Generalbundesanwalt - ohne jegliche inhaltliche Begründung - mit, dass er „von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens abgesehen“ hat.

Bei den Kommunalwahlen 2001 gelang wieder ein gemeinsames Vorge-

hen. Helmut Appel, Michael Beltz und Henning Mächerle kandidierten auf der Liste der PDS, Michael Janitzki und Esther Abel zogen ein (Helmut Appel lehnte es später ab nachzurücken). Bei einer Wahlbeteiligung von nur 47% wurde die CDU stärkste Fraktion. Ein Groß-Projekt der CDU/FDP/FWG-Koalition war die „Gefahrenabwehrverordnung“ mit Videoüberwachung, Alkoholverbot in der Fußgängerzone und strengen Disziplinierungsmaßnahmen. Als sie Ende 2002 beschlossen werden sollte (und wurde), kam es zu massenhaften Protesten in und vor dem Rathaus. Daraufhin



erfand der damalige Bürgermeister Heinz-Peter Haumann eine Bombendrohung, ließ ein Großaufgebot von Polizisten aufmarschieren und das Gebäude räumen.

2002 wurde Hartz IV beschlossen und 2005 eingeführt, trotz anfangs mächtiger Gegendemonstrationen. Lange hielten sich die „Montags-Demos“, in Gießen, eine der wenigen Ausnahmen bis heute: montags von 18 bis 19 Uhr stehen noch immer (wenige) Menschen zum Protest auf dem Seltersweg. Erika und Michael Beltz



Referenten der DKP (manche mehrfach in zeitlicher Reihenfolge, Themen kursiv):

Nguyen Ba Than (Botschaft), Song Tschun Gun (DVRK), Heinz Jung (ehem. IMSF), Emil Carlebach, Sahra Wagenknecht (PDS), Karl-Eduard von Schnitzler, Ulrich Schneider (VVN), Eike Kopf (*China*), Angelo Lucifero (*Armut*), Tatjana Fuchs (isw), Nina Hager (DKP-PV), Robert Steigerwald (*Marxismus*), Isaac Velasco (Peru), Dietrich Kittner, Inge Viett (Bewegung 2. Juni), Rolf Goessner (*Obrigkeitsstaat*), Manfred Sohn (*Neoliberalismus*), Erich Schaffner, Klaus Hartmann (*Kosovo*), Peter Gingold (*Faschismus, IG-Farben*), Egon Krenz (*50 Jahre DDR*), Karl-Heinz Schroeder (*Krieg im Kaukasus*), Horst Gobrecht (*DGB*), Gerhard Feldbauer (*Sozialismus in der DDR*), Harpal Brar (Indien, *Imperialismus*), Georg Fülberth (*Kapitalismus*), Matin Baraki (Afghanistan).

Außerdem führten wir jedes Jahr eine Solidaritätsveranstaltung mit dem sozialistischen Kuba durch, das nach dem Ende der sozialistischen Staatengemeinschaft die schwere „Spezialperiode“ zu überstehen hatte. Mit kompetenten Referenten, kubanischer Musik und Cocktails kamen jeweils bis zu 1000 DM zusammen.

Eritrea-Festival im Zeichen des Friedens

Endlich Frieden – das war die große Freude und das vorherrschende Thema des Eritrea-Festivals in Gießen. Fast 20 Jahre hatte der Krieg mit Äthiopien gedauert, das sich gewehrt hatte die international ausgehandelte Grenze anzuerkennen, eritreisches Gebiet besetzt hielt und immer wieder Überfälle durchführte. Für das kleine und arme Land Eritrea, das sich erst vor 27 Jahren seine Unabhängigkeit erkämpft hatte, war die Sicherung seiner Grenzen ein Kraftakt, der eine Menge Geld und Ressourcen verschlang. Nach dem überraschenden Friedensvertrag kann damit jetzt Schluss gemacht werden. Auch der zur Verteidigung notwendige obligate Nationaldienst, dem einige sich durch Flucht entzogen hatten, kann nun verkürzt werden.

"Yohanna" – "Glückwunsch" hörte man immer wieder, auch in den Reden der anwesenden Vertreter verschiedener Organisation wie das Eritrea-Hilfswerk, die Deutsch-Eritreische Gesellschaft und weitere Solidaritätsgruppen u. a. aus Heilbronn und Esslingen.

Der Beitrag von Michael Beltz, der seit Jahren – neben dem Vorsitzenden des Ausländerbeirats Z. Sahin – als einziger Vertreter von Magistrat und Stadtparlament am Festival teilnimmt, wurde mit großem Beifall bedacht, endete er doch mit dem Ruf „awet ne hafash“: Alle Macht dem Volk.

Anschließend feierten die rund 2000 Eritreerinnen und Eritreer ihr Fest, ihre Kultur und den Frieden, der möglichst lange andauern möge. M.B.



Zu Beginn wurden die geladenen Gäste von einer festlich gekleideten Eritreerin mit einem Glas Sekt begrüßt, anschließend mit eritreischem Essen und Kaffee bewirtet und dem Ehrengast vorgestellt, dem eritreischen Botschafter in Großbritannien.



EU: Einwanderung im Promillebereich

Die Europäische Union hat über 500 Millionen Einwohner. Die Zahl der Menschen, die aus anderen Ländern und Kontinenten pro Jahr nach Europa kommen wollen, liegt weit unter einer halben Million, nur 2015 waren es mehr. Die jährliche Einwanderung liegt also im Promillebereich, einige Personen auf 1000 Einwohner. Wenn diese Menschen nicht durch staatliche Maßnahmen auf wenige Orte konzentriert würden, fielen sie überhaupt nicht auf. Krise, Menschenflut, Überfremdung, Verdrängung? Das ist von Politikern und Rassisten erfundener Unfug. Was wäre das für eine erbärmlich schwache Kultur, die so eine geringe Anzahl von Zuwanderern aus anderen Kulturkreisen nicht integrieren oder tolerieren könnte? Rassistische Hetzer und reaktionäre Politiker aber schüren Ängste und spielen die hier ansässigen an den Rand gedrängten Menschen gegen Neuankommlinge aus. Sie erfinden Ausdrücke wie „Asyltourismus“ und „Asylgehalt“, um Neid zu erzeugen. Den „Asylanten“ geht es besser als uns, denen

wird alles geschenkt, was uns fehlt – so denken manche, die von Mindestlohn, Minirenten, Hartz IV oder anderen Sozialleistungen leben. An Arbeitslosigkeit, prekären Arbeitsverhältnissen, niedrigen Renten, hohen Mieten, Wohnungsmangel und behördlichen Schikanen sind nicht die Zuwanderer schuld, sondern Kapitalisten und Politiker, die mit ihrer Hetze von ihren Taten ablenken wollen. Übrigens wird den Zuwanderern nichts geschenkt, auch sie unterliegen bürokratischer Willkür und müssen für jede Verbesserung ihrer Situation kämpfen. Wer die fremdenfeindlichen Forderungen der AfD noch übertreffen will, will uns daran gewöhnen, dass Menschen bewusst im Mittelmeer ertränkt, in Lagern gefangen gehalten oder an Menschenhändler ausgeliefert werden. Wer sich daran gewöhnt hat, der wird es auch für normal halten, wenn hier die Polizei immer brutaler wird, wenn die Rechte von Minderheiten und Andersdenkenden eingeschränkt werden und die Herrschaft des Kapitals immer rücksichtsloser wird. Gernot Linhart

Wir bitten um Spenden

Die benötigen wir dringend, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können. - Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo ist verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE 75 5135 0025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank die
Echo-Redaktion

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantwortw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck
Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

**Redaktionsschluss für
Sept.-Echo: Mi., 22. August**

ABRÜSTEN
STATT AUFRÜSTEN

**30 MILLIARDEN MEHR FÜR'S MILITÄR?
DAS IST WAHNSINN!**

UNTERZEICHNE JETZT!

www.abruesten.jetzt

20. UZ-PRESSEFEST
DAS FEST DES FRIEDENS UND DER SOLIDARITÄT

**KONSTANTIN WECKER
ESTHER BEJARANO
& MICROPHONE MAFIA**

CALLUM BAIRD + KAI DEGENHARDT
KLAUS DER GEIGER + JANE ZAHN
ERICH SCHAFFNER U.V.M.
KLEZMER + PUNK
LIEDERMACHER
RUMBIA + SKA

THEATER + LESUNGEN
FLOHMARKT + KINDERFEST
BÜCHERMARKT + DISKUSSIONEN
AUSSTELLUNGEN + FILME
GRAFIKEN VON DIETER SÜVERKRÜP
INTERNATIONALE SPEZIALITÄTEN

DKP
www.dkp.de

7. - 9. September 2018
Revierpark Wischlingen
Dortmund

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr
bei den 3 Schwätzern:
Protest gegen Hartz IV

DKP-Termine
Die nächste Mitgliederversammlung der DKP findet statt am Mittwoch, dem 22. August, der nächste Info-Stand am 1. September.

DKP
Nachrichtenportal

news.dkp.de
www.dkp-hessen.de
www.dkp-giessen.de
DKP-Gießen auch bei facebook

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

www.jungewelt.de/testabo
Abotelefon: 030 53 63 55 50

3 WOCHEN GRATIS!
junge Welt

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP
UZ Woche für Woche antikapitalistisch!

10 Wochen kostenlos testen
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de



Die schwarze Null bleibt – für die Armen

Null Euro ist im Haushaltsentwurf der Groko für die Armen vorgesehen. Das Füllhorn der Steuergeschenke geht an ihnen vorbei. Bei Hartz IV hat die „Kinderfreundlichkeit“ der Regierung ihr Ende: Von der Erhöhung des Kindergeldes, Erhöhung der Freibeträge für Familien und erst recht von dem großzügigen Kinderbaugeld profitieren nur die, denen es ohnehin (noch) gut geht.

Schon jedes 5. Kind muss heute in Armut leben; für sie gibt's überhaupt kein Kindergeld und daher auch keine Erhöhung, alles wird mit den Hartz-IV-Sätzen verrechnet.

Und auch die Altersarmut wird festgeschrieben. Zwar gibt es eine geringe Erhöhung der Renten, an dem großen Rentenraub rüttelt auch Minister Heil nicht. Er verspricht nur, dass das Rentenniveau, das vor Jahren bei 70% lag und auf heute 48% gedrückt wur-

de, nicht weiter absinkt. Nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung wird 2036 jeder fünfte Rentner armutsgefährdet sein, die Zahl derer, die auf Grundsicherung angewiesen sind, wird sich mehr als verdoppeln.

Schon heute geht es 40% der Bevölkerung schlechter als vor 20 Jahren, jeder weiß, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer mehr werden. Genau das ist das Ergebnis der „christlich-sozial-demokratischen“ Regierung, der derzeitigen wie aller vorherigen.

Wenn sie tatsächlich etwas für die Menschen hätte tun wollen, dann hätte sie z. B. eine Senkung der Mehrwertsteuer beschließen können. Das wäre wirklich allen zugute gekommen, vor allem den Ärmsten!

Dies ist übrigens auch eine Forderung von Wirtschaftsverbänden, weil es die Kaufkraft stärkt.

